

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg



Handlungsprogramm

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Inhalt

Vorwort	3
Rechtsextremismus in der Metropolregion	5
Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion	7
Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion tun können – Zehn Handlungsfelder	9
1. Handlungsfeld Kooperation der Akteure	9
2. Handlungsfeld Öffentlichkeit	10
3. Handlungsfeld Medien	11
4. Handlungsfeld Bildung	12
5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung ..	13
6. Handlungsfeld Wirtschaft	14
7. Handlungsfeld Versammlungsrecht	15
8. Handlungsfeld Immobilien	16
9. Handlungsfeld Chancengleichheit	17
10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt	18
Weitere Informationen und Kontakte	19
Impressum	19

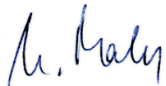
Vorwort

Rechtsextremismus ist längst keine Randerscheinung mehr. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet sind Strukturen entstanden, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen. Der Rechtsextremismus beginnt langsam, zu einem festen Bestandteil unseres Alltags zu werden. Dies müssen wir auch in der Metropolregion Nürnberg befürchten. Sie ist zu einem Hauptaktionsgebiet der NPD und anderer rechtsextremistischer Vereinigungen geworden, die dabei unverhohlen an die Zeit der Nazi-Diktatur anknüpfen, als Franken eine Hochburg der NSDAP war. Die Städte Wunsiedel und Gräfenberg sind nur die bekanntesten Beispiele dafür, dass die rechtsextremistische Szene vor allem unsere Region im Visier hat.

Dieser bedrohlichen Entwicklung müssen wir gemeinsam mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte sind wichtige Signale dafür, dass wir unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen. Kommunale Bildungsarbeit, Runde Tische, Bündnisse für Demokratie und Toleranz sind Beispiele für Strategien auf lokaler Ebene, die dazu beitragen können, den braunen Rattenfängern und ihrer rassistischen Ideologie den Boden zu entziehen.

Das vorliegende Handlungsprogramm ist als Arbeitsgrundlage für die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion zu verstehen. Jedes der darin benannten Handlungsfelder enthält zahlreiche Vorschläge, was Städte, Gemeinden und bürgerschaftliche Initiativen gemeinsam gegen die verfassungsfeindliche Agitation rechtsextremistischer Parteien und Gruppen tun können. Dabei spielt die Präventionsarbeit eine besonders wichtige Rolle, um dem Einfluss des antidemokratischen und menschenverachtenden Gedankenguts dieser Neonazis erfolgreich entgegenzuwirken.

Die Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus. Auch in Zukunft sollen alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner, gleich welcher nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Zugehörigkeit, ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit führen können. Dazu soll dieses Handlungsprogramm beitragen.



Dr. Ulrich Maly

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg

Rechtsextremismus in der Metropolregion

Die in den Parteien NPD, DVU und Republikaner organisierten Rechtsextremisten stellen seit jeher nur einen Teil der Bedrohung unseres demokratischen Gemeinwesens dar. Daneben finden sich weitere Verbände, Gruppierungen und lockere Zusammenschlüsse, die rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten. Viele von Ihnen werden zwar vom Verfassungsschutz beobachtet, doch die Szene befindet sich, auch durch zahlreiche Verbote, in ständiger Fluktuation. Die Akteure einer heute verbotenen Kameradschaft können schon morgen wieder unter anderem Namen auftreten. Hinzu kommen weitere, völlig autonom agierende Neonazis, die in keine feste Struktur eingebunden sind. Um sich ein Bild von der Anzahl und Verbreitung aktiver Neonazis im Freistaat zu machen, ist ein Blick in die bayerischen Verfassungsschutzberichte wichtig. Neben der bayerischen NPD mit ihrem Jugendverband JN und ihrem Hochschulbund NHB (insgesamt 1020 Mitglieder) und der DVU (900 Mitglieder) zählte der Verfassungsschutz im Jahr 2007 rund 300 Mitglieder in bayerischen Kameradschaften und etwa 700 rechtsextremistisch orientierte Skinheads. Dabei sind die Situation, der Aktionsradius und der Organisationsgrad der Neonazis von Ort zu Ort unterschiedlich.

Franken und insbesondere die Metropolregion Nürnberg sind zu einem Hauptaktionsgebiet der NPD und anderer rechtsextremistischer Vereinigungen geworden. Sie knüpfen dabei unverhohlen an die NS-Zeit an, in der die fränkische Region eine Hochburg der NSDAP war. Beispiele dafür, dass die rechtsextremistische Szene vor allem die Metropolregion im Visier hat, sind die Aufmärsche zum Todestag von Rudolf Heß zwischen 1988 und 2004 in Wunsiedel, die Demonstrationen in Gräfenberg seit 1999 und vor allem seit 2006, die Kundgebungen der NPD seit mehreren Jahren in Nürnberg, der Landesparteitag der NPD und der „Europatag“ ihrer Jugendorganisation 2007 in Grembsdorf, der Bundesparteitag der NPD 2008 in Bamberg und der „Nationale Frankentag“ des Bundes Franken-

land e.V. und der NPD-Jugend 2008 in Weißenhohe. Im gleichen Jahr versuchte die neonazistische Partei, in Warmensteinach einen Gasthof zu erwerben, um dort ein Schulungszentrum einzurichten. Dazu kommen rechtsextremistische Aktivitäten in zahlreichen weiteren Orten der Metropolregion, darunter in Dietfurt, Neumarkt, Postbauer-Heng, Illesheim, Bad Windsheim, Neustadt an der Aisch sowie Diespeck und Schlüsselfeld, zwei Orte, deren jüdische Friedhöfe im Jahre 2007 von rechtsextremistischen Tätern geschändet wurden.

Die NPD als größte und wichtigste Organisation der rechtsextremistischen Szene hat ein auf vier „strategische Säulen“ gestütztes Konzept entwickelt, um Macht und Einfluss zu gewinnen: Kampf um die Köpfe mit ihrer Programmatik, Kampf um die Straße durch Massenmobilisierung, Kampf um die Parlamente durch Teilnahme an Wahlen und Kampf um den organisierten Willen. Was den Kampf um die Köpfe angeht, so setzt die NPD in ihrer Propaganda seit einigen Jahren immer stärker auf sozial- und wirtschaftspolitische Themen. Sie tritt nach außen als „soziale Protestpartei“ auf und versucht, aus den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um ihre soziale Sicherheit und gesellschaftliche Position politisches Kapital zu schlagen. Menschen, die Arbeitslosigkeit erfahren, die von Armut und sozialem Abstieg bedroht sind, die Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit erleben, sind empfänglich für die einfachen Lösungen der rechtsextremistischen Rattenfänger: Parolen wie „Ausländer raus“ oder „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ fallen hier auf fruchtbaren Boden. Ein Beispiel dafür sind die Kommunalwahlen 2008 in Nürnberg: Die NPD konnte mit ihrer Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ihren Stimmenanteil auf 3,3% erhöhen (bei der Kommunalwahl 2002 waren es noch 2,3%) und zwei Sitze im Stadtrat gewinnen. In einigen Stadtgebieten erzielte sie sogar Stimmenanteile zwischen 10,1 und 12,2 Prozent. Dadurch wird auch deutlich, dass neben den Bestrebungen, die NPD verbieten zu lassen, die Partei vor allem inhaltlich bekämpft werden muss. Denn eines ist klar: Eine Partei kann man verbieten, die Einstellung der Menschen muss man verändern.

Wie wichtig gerade die Kommunen für die Rechtsextremisten sind, um gesellschaftliche Akzeptanz und politischen Einfluss zu gewinnen, lässt sich der Aussage eines führenden NPD-Funktionärs entnehmen: „Sachsen hat ja bewiesen, dass es sinnvoll ist, erst in den Kommunen verankert zu sein. Über die Kommunen kommt man dann auch in (...) die Landtage und über die Landtage in den Bundestag. Von oben nach unten wird das natürlich sehr schwierig und ist fast aussichtslos. (...) Landesverbände werden nur dann Erfolg haben, wenn sie (...) kommunal verankert sind“.

Vor diesem Hintergrund kommt den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Schlüsselrolle in der politischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu.

Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen der Metropolregion ist zu beobachten, dass die Aufmärsche der Rechtsextremisten zu einem festen Bestandteil des Alltags geworden sind. Jede Kommune in der Metropolregion kann von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen werden. Dabei sind diese Aufmärsche nur die leicht erkennbaren Spitzen ihres Vorgehens. Längst versuchen sie, unser demokratisches Gemeinwesen zu unterwandern und durch sogenannte Informations- und Freizeitangebote, insbesondere für Jugendliche, unser Wertesystem in Frage zu stellen. Ihre menschenverachtende Ideologie ist in Teilen der Gesellschaft und in allen Altersgruppen angekommen.

Damit dieser Bedrohung angemessen begegnet werden kann, ist eine Allianz der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Rechtsextremismus notwendig. Dabei geht es darum,

- den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken, insbesondere möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren;

- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren;
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und für eine Mitwirkung in der Allianz zu gewinnen;
- die regionale und überregionale Koordinierung von Aktionen gegen Rechtsextremismus zu organisieren;
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und best-practice-Beispielen durch regelmäßige Tagungen und durch eine Website zu fördern und
- finanzielle Mittel für Aktivitäten der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen einzuwerben.

Es ist unverzichtbar, dass die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure auf rechtsextremistische Aufmärsche reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampfflos die Straße zu überlassen. Die in den letzten Jahren von solchen Heimsuchungen betroffenen Städte und Gemeinden haben mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hier Vorbildliches geleistet und mit bewundernswerter Kreativität gehandelt. Beispiele dafür sind Wunsiedel, Gräfenberg, Weißenhohe und Warmensteinach sowie andere Städte und Gemeinden in der Metropolregion. Die extremistische Rechte agiert jedoch immer professioneller. So nutzt sie in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung und in ihrem Erscheinungsbild zunehmend eine Mischung aus taktisch zurückhaltendem Auftreten sowie neuen politischen und kulturellen Aktionsformen, um ihre antidemokratische und rassistische Ideologie zu verbreiten. Damit es ihr nicht gelingt, die Köpfe der Menschen zu erreichen, ist ein langfristiges Programm mit konkreten Handlungsvorschlägen als Arbeitsgrundlage für die Allianz ebenso unverzichtbar.

Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion tun können – Zehn Handlungsfelder

1. Handlungsfeld Kooperation der Akteure: Wie können Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen kooperieren?

Eine enge Zusammenarbeit der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen: Sie ist unverzichtbar, um die Öffentlichkeit zu informieren, zu sensibilisieren und gegen Aktivitäten neonazistischer Gruppen und Parteien zu mobilisieren. Und sie ist notwendig, um dem Einfluss der Rechtsextremisten und ihrer menschenverachtenden Ideologie durch langfristig angelegte Strategien den Boden zu entziehen.

Vorschläge:

- Einrichtung eines kontinuierlich tagenden „Runden Tisches gegen Rechtsextremismus“ in allen Kommunen, der die Aufgabe hat, den Austausch von Informationen, Erfahrungen und best-practice-Beispielen zu fördern, Akteure und Aktivitäten zu vernetzen und gemeinsame Maßnahmen zu planen. In diesem Gremium sollten alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte vertreten sein, zum Beispiel die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften, die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politische Entscheidungsträger, die demokratischen Parteien und ihre Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen, Jugendgruppen und Schulen, die Medien, die Polizei und Justiz.
- Regelmäßige Thematisierung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in möglichst vielen Institutionen und Organisationen in der Stadt bzw. Gemeinde.
- Aufbau einer Datensammlung, um die örtliche

Situation analysieren und bewerten zu können und auf dieser Grundlage erreichbare Ziele zu formulieren.

- Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Experten, überregionalen Institutionen und Organisationen, die durch ihre Erfahrung und ihren Sachverstand bei der Entwicklung ortsspezifischer Strategien beratend tätig werden können.
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt bzw. Gemeindeverwaltung, politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, um über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene und rechtliche Grundlagen zu informieren sowie wirksame Gegenmaßnahmen zu beraten.

2. Handlungsfeld Öffentlichkeit: Wie kann die Öffentlichkeit informiert und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden?

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wachsende Bedrohung unserer demokratischen Werte durch rechtsextreme Gruppen und Parteien ist von herausragendem Stellenwert, um ihrem antidemokratischen Gedankengut erfolgreich entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- Regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ am 21. März oder zu anderen Gedenktagen wie beispielsweise der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar und der Reichspogromnacht am 9. November, um die Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, über Rassismus und Antisemitismus aufzuklären.
- Verbreitung von Publikationen, die über rechtsextremistische Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen und politischen Ziele informieren, um die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu fördern.

- Einrichtung von Runden Tischen oder Diskussionsforen, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesen Themen ins Gespräch zu kommen.
- Veranstaltung von Lesungen mit bekannten Persönlichkeiten aus Literatur, Theater, Film und Medien über den Nationalsozialismus, seine Rassenideologie und moderne Formen des Rechtsextremismus.
- Durchführung von Informationsständen, Plakat- und Leserbriefaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen.
- Regelmäßige Veranstaltung eines „Fests der Demokratie“ mit einem vielfältigen Informations- und Kulturprogramm.
- Aufbau einer Adressdatei, um interessierte Bürgerinnen und Bürger über Flugblätter oder E-Mail-Sendungen kontinuierlich zu informieren und zur Mitwirkung an Aktivitäten einzuladen.
- Nutzung und Verlinkung bestehender Webseiten zu diesem Themenbereich.

3. Handlungsfeld Medien: Wie kann die Zusammenarbeit mit den Medien intensiviert werden?

Eine enge Kooperation mit den Medien ist unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgversprechende Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Vorschläge:

- Kontinuierliche Information der Medien über geplante Veranstaltungen, Aktionen und Projekte durch Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Hintergrundgespräche.
- Benennung kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Medien.
- Gewinnung von Medienpartnerinnen und Medienpartner und Nutzung von medialen Plattformen.
- Einladung an interessierte Redakteurinnen und

Redakteure der Printmedien und Lokalsender, an der Planung von Aktivitäten und ihrer inhaltlichen Gestaltung mitzuwirken.

- Angebote zu Interviews mit prominenten Persönlichkeiten, die den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion unterstützen.
- Gründung einer Zeitungswerkstatt, in der Jugendliche gemeinsam mit Journalisten eine Publikation zum Thema Rechtsextremismus erstellen.

4. Handlungsfeld Bildung: Wie können Bildungseinrichtungen Präventionsarbeit leisten?

Den Bildungseinrichtungen kommt eine besonders wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, demokratische Werte und demokratisches Verhalten zu stärken und interkulturelle Verständigung zu fördern.

Vorschläge:

a) Präventionsarbeit an den Schulen in der Metropolregion

- Förderung der Menschenrechtsbildung, um Respekt vor der Würde und den gleichen Rechten des anderen ebenso zu stärken wie Demokratie, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Gewaltlosigkeit.
- Förderung des Projekts „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, um rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegen zu wirken.
- Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schulischen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung vergeben wird.
- Durchführung von Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Besuche von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und ehemaligen Konzentrationslagern, um die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Nationalsozialismus zu intensivieren und sie zum Engage-

ment gegen menschenverachtende Ideologien zu motivieren.

- Einrichtung von Workshops, in denen sich die Schülerinnen und Schüler vertieft mit dem Nationalsozialismus und modernen Formen des Rechtsextremismus (z.B. Schulhof-CDs, Musik, Symbolik und Lifestyle), mit Rassismus und Antisemitismus und mit Beispielen couragierten Handelns in Geschichte und Gegenwart befassen.
- Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern.

b) Präventionsarbeit an Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Metropolregion

- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zur Information über rechtsextremistische Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und ihre politischen Strategien, um dadurch das demokratische Bewusstsein zu stärken und gesellschaftliches Engagement zu fördern.

5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung: Wie kann eine demokratische Jugendkultur gefördert werden?

Der außerschulischen Jugendarbeit ist besonderes Augenmerk zu widmen, da sich die rechtsextremistische Szene intensiv bemüht, Jugendliche durch vielfältige Freizeitangebote und über das Internet im Sinne ihres antidemokratischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts zu beeinflussen und für ihre Ziele zu gewinnen.

Vorschläge:

- Einrichtung eines örtlichen Jugendparlaments, um das politische Interesse der Jugendlichen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, demokratisches Verhalten und Handeln einzuüben.

- Entwicklung eines vielfältigen, attraktiven und zielgruppenorientierten Freizeitangebots, um den Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene auf diesem Gebiet erfolgversprechend entgegenwirken zu können.
- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren, um Jugendliche über die Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufzuklären, ihre Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zu fördern, demokratische Werte und Normen zu vermitteln und die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken.
- Gestaltung einer präventiven Jugendarbeit mit dem Ziel, das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, sie zu selbstbestimmtem Handeln zu befähigen, ihr soziales und interkulturelles Lernen zu fördern und gefährdete Jugendliche zu integrieren.
- Durchführung sportlicher Veranstaltungen und internationaler Jugendbegegnungen, die besonders geeignet sind, das respektvolle Miteinander von Jugendlichen unterschiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft zu fördern.

6. Handlungsfeld Wirtschaft: Wie kann die Unterstützung der Wirtschaft für die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion gewonnen werden?

Die Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus. Dies ist ein positiver Standortfaktor für die Unternehmen, die deshalb auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

Vorschläge:

- Öffentliche Auszeichnung von Unternehmen, die die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen.

- Beteiligung von Unternehmen an Runden Tischen sowie an der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen.
- Förderung von Fortbildungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus für Firmenangestellte in Kooperation mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften.
- Beteiligung von Firmen an Werbemaßnahmen zur Finanzierung von Veranstaltungen und Aktionen.

7. Handlungsfeld Versammlungsrecht: Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen tun?

Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist allen Deutschen durch das Grundgesetz garantiert. Solange eine Partei oder Vereinigung nicht verboten ist, kann sie von diesem Recht Gebrauch machen, auch wenn es sich dabei um erklärte Feinde der Demokratie handelt. Das Bundesverfassungsgericht weist in ständiger Rechtsprechung darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich frei seien, grundlegende Werte der Verfassung in Frage zu stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit extremistischen politischen Positionen im Vordergrund stehen.

Das Bayerische Versammlungsgesetz regelt die Handlungsmöglichkeiten der Behörden gegen extremistische Versammlungen. Grundsätzlich gilt: Das zuständige Ordnungsamt klärt und bestimmt die Rahmenbedingungen der Veranstaltung, hat die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und kann die Veranstaltung gegebenenfalls auch verbieten.

Vorschläge:

- Anwendung aller rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Versammlungen durch die zuständigen Ordnungsämter.

- Information der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Medien über geplante rechtsextremistische Veranstaltungen durch die zuständigen Behörden, damit die Öffentlichkeit sensibilisiert und zu Gegenmaßnahmen mobilisiert werden kann.
- Unterstützung und Beratung zivilgesellschaftlicher Gruppen bei Gegenversammlungen und Aktivitäten.

8. Handlungsfeld Immobilien: Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen geplante Immobilienkäufe oder eine bereits vorhandene räumliche Infrastruktur rechtsextremistischer Kreise tun?

Rechtsextremistische Kreise bemühen sich intensiv, Immobilien zu erwerben oder anzumieten, die sie als Rückzugsräume, Schulungszentren oder Stützpunkte für ihre Aktivitäten nutzen wollen. Die Kommunen haben jedoch rechtliche und politische Handlungsmöglichkeiten, um derartige Versuche zu vereiteln.

Vorschläge:

- Information der Kommunen über rechtliche Handlungsmöglichkeiten durch Experten.
- Kooperation der betroffenen Kommunen mit der Bezirks- und Staatsregierung, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.
- Erfahrungsaustausch unter betroffenen Städten und Gemeinden über rechtliche und politische Maßnahmen.
- Information der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die zuständigen Behörden, um die Öffentlichkeit für Protestaktionen mobilisieren zu können.
- Motivation von Immobilien- und Gaststättenbesitzern, nicht an rechtsextremistische Gruppierungen zu vermieten oder zu verkaufen.

9. Handlungsfeld Chancengleichheit: Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit wirksam entgegnetreten und Chancengleichheit für alle fördern?

Die Förderung der Chancengleichheit trägt dazu bei, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen zu stärken. Sie ist damit eine wichtige Maßnahme, um jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund und aus diskriminierten Gruppen in der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung.
- Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in kommunale Verträge und bei der Vergabe von Gewerbeerlaubnissen.
- Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodizes für kommunale und private Unternehmen, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen.
- Unterstützung von Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, bei der Suche nach Wohnraum.
- Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen.
- Förderung der interkulturellen und der Menschenrechtsbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung.

10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt: Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft kulturelle Vielfalt fördern?

Die Förderung der kulturellen Vielfalt ist unverzichtbar, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der verschiedenen kulturellen Orientierungen und fördert damit das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung.

Vorschläge:

- Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen, Projekten und Begegnungsräumen, die die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren und die daraus resultierende Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens dokumentieren.
- Förderung der kulturellen Reichhaltigkeit durch die Gestaltung eines vielfältigen kommunalen Kulturprogramms.
- Veranstaltung von interkulturellen Wochen, um gegenseitige Akzeptanz, Toleranz und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern.
- Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze, etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen bzw. an entsprechende Ereignisse.
- Förderung der Herstellung von Filmmaterial oder Dokumentationen über Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen, die von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren.

Weitere Informationen und Kontakte:

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt / Menschenrechtsbüro
Herr Dr. Hesselmann, Frau Groß
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel. 0911 231 50 30
Fax 0911 231 30 40
menschenrechte@stadt.nuernberg.de
www.menschenrechte.nuernberg.de

Projektstelle gegen Rechtsextremismus

Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen

Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum
Frau Richter
Markgrafenstraße 34
95680 Bad Alexandersbad
Tel. 09232 9939-23
Fax 09232 9939-99
richter@ebz-alexandersbad.de
www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Impressum

Herausgeber:
Stadt Nürnberg / Menschenrechtsbüro
Redaktion: Herr Dr. Hesselmann, Frau Groß,
AG Handlungsprogramm

Gestaltung: formfinder.de
Druck: Druckerei Rumpel OHG
Auflage: 10.000
März 2009

